

51 MILLIONEN Angst um die Öffis

Der Verkehrsdienstvertrag zwischen Stadt und GVB birgt einige Tücken.

51 Millionen Euro will man nun pro Jahr für den Betrieb von Bus und Bim in Graz locker machen, lautet der Grundsatzbeschluss der Stadt zum langfristigen Absichern des öffentlichen Verkehrs. Ein stattliches Sümmchen, könnte man meinen. Allerdings steckt wie so oft der Teufel im Detail, meint **KPÖ-Klubchef Josef Schmalhardt**. Denn der Vertrag sieht etwa „Rationalisierungspotenziale“ von 500.000 Euro pro Jahr vor. Das bedeutet einen Verlust von Arbeitsplätzen. Außerdem können die GVB ohne Rücksprache mit der Stadt das Angebot um bis zu 5 % ausdünnen. Und auch der Verkauf der Verkehrsbetriebe sei nicht vom Tisch.

STADTRECHNUNGSHOF ÜBT KRITIK

Überbezahlt: Manager im

645.000 Euro (8,9 Millionen Schilling) bekam Kongress-Chef Nikolaus Breisach als Abfertigung von der Stadt. Manager in städtischen Firmen verdienen zu viel, meint der Stadtrechnungshof.

Manager im Dienste der Stadt müsste man sein. Und das nicht einmal an vorderster Front. Selbst in der zweiten und dritten Reihe, sahen die meist politisch besetzten „Macher“ ordentlich ab. Die Wahnsinns-Abfertigung für Ex-Kongress-Chef Nikolaus Breisach ist nur die Spitze des Eisbergs bei den Gehältern der Chefs von städtischen Gesellschaften. Die KPÖ ersuchte den Stadtrechnungshof um Prüfung der Managergehälter. Das Ergebnis: Manager bekommen um gut 1.000 Euro pro

KPÖ-Gemeinderat Sepp Schmalhardt schaltete den Rechnungshof ein, um die Managergehälter durchleuchten zu lassen.



Monat zuviel – verglichen mit „gleichwertigen“ Leitern von Magistratsabteilungen.

Die Gesamtbezüge der Manager stehen laut Rechnungshof oft in keiner Relation zu ihrer Verantwortung. Die Höhe des Umsatzes passe nicht zur Höhe des Gehalts, so Rechnungshof-Direktor Günter Riegler. Vor allem Manager in der zweiten Ebene mit langfristig laufenden Verträgen seien überbezahlt.

Und das ist kein Wunder, wenn man sich ansieht, was die Chefs der Stadtfirmen auf ihren Gehaltszetteln vorfin-

den. 180.000 Euro jährlich kassierte Nikolaus Breisach als Kongress-Chef ab. Im Juli wurde der 59-Jährige in die Pension verabschiedet: Mit 180.000 Euro gesetzlicher Abfertigung plus einer freiwilligen Abfertigung von 120.000 Euro plus 345.000 Euro für eine seinerzeit nebulos vereinbarte Zusatzpension. Für die Stadt sei das noch das beste und günstigste Ende des Dienstverhältnisses, wurde im Sommer verlautbart. Blechen müssen die 645.000 Euro die Grazer Steuerzahler. Der Durchschnitts-Grazer mit einem Monatseinkommen von 1.850 Euro brutto (vor Abzug der Steuern) müsste für diesen Betrag übrigens 25einhalb Jahre arbeiten ...

200.000 Euro pro Jahr

Mehr als 200.000 Euro pro Jahr gehen an die Stadtwerke-Bosse Wolfgang Messner und Wolfgang Malik. 185.000 Euro

AUS DEM GRAZER GEMEINDERAT

Maßnahmen gegen Spielsucht

Der Grazer Gemeinderat unterstützte den dringlichen Antrag von KPÖ-Gemeinderat Georg Fuchs zum Thema Glücksspiel einstimmig. In einer Petition an den Steiermärkischen Landtag werden nun eine Standortabgabe für Wettcafés, eine Erhöhung der Abgaben pro Geldspielautomaten sowie strengere Bestimmungen zum so genannten „Kleinen Glücksspiel“ gefordert.

Damit soll der erlaubte Höchsteinsatz von 50 Cent nicht länger trickreich umgan-



gen werden können. Erfreulich, dass die Bemühungen der KPÖ gegen die Spielsuchtproblematik zunehmend Wirkung zeigen.

Anfragen unbeantwortet

Mehrere Anfragen hat KPÖ-Gemeinderätin Lisbeth Zeiler im abgelaufenen Jahr an den Bürgermeister gerichtet. Auf die Antworten wartet sie zum Teil heute noch. Daher nahm die KPÖ-Gemeinderätin dies bei der letzten Gemeinderatssitzung zum Anlass, um eine Anfrage der besonderen Art an den Bürgermeister zu richten: „Welche Vorgangsweise schla-



gen Sie mir vor, um Antworten auf meine Fragen zu bekommen?“, so der Wortlaut ihrer Anfrage. Was hier amüsant klingt, gibt trotzdem über das Demokratieverständnis von Bürgermeister Nagl zu denken.

Umwidmung Neuholdaugasse

Die Siedlung in der südlichen Neuholdaugasse beherbergt viele Kinder und Jugendliche. Auch der angrenzende Acker wurde in allgemeines Wohngebiet umgewidmet. Aus diesem Anlass wies KPÖ-GR Klubobmann Sepp Schmalhardt darauf hin, dass eine zu große Siedlungsdichte immer wieder zu Problemen zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen führt.

Er stellte daher den Antrag, die Stadt Graz möge die zuständigen Abteilungen



damit beauftragen, den an die bestehende Siedlung angrenzenden Teil als Sport-, Spiel- bzw. Parkfläche umzuwidmen oder die Bebauungsdichte so zu regulieren, dass eine Park-, Sport- und Spielfläche in angemessenem Ausmaß entstehen kann. Das könnte ein Ende für die Probleme bedeuten.

Liste 3 **KPÖ**
Helfen statt reden
ELKE KAHR

Schreiben Sie uns Ihre Meinung:
KPÖ-Elke Kahr,
Lagergasse 98a, 8020 Graz,
Fax 71 62 91 oder E-Mail:
stadtblatt@kpoe-graz.at